

18.01.11

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur besseren Kennzeichnung von zusammengefuten Formfleischprodukten (Klebefleisch)

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat mit Schreiben vom 13. Januar 2011 Folgendes mitgeteilt:

Zu der Entschließung des Bundesrates zur besseren Kennzeichnung von zusammengefuten Formfleischprodukten vom 15. Oktober 2010 (Drucksache 568/10) nimmt die Bundesregierung wie folgt Stellung:

Die Entschließung des Bundesrates greift ein berechtigtes Verbraucheranliegen auf, das derzeit in Fachwelt und Öffentlichkeit diskutiert wird. Zwar ist es bereits nach geltendem Recht die Pflicht der Lebensmittelunternehmer, durch eine entsprechende Kenntlichmachung bei den in Rede stehenden Produkten (zusammengefute Fleischteile, sog. Klebefleisch) eine Irreführung der Verbraucherinnen und Verbraucher zu vermeiden. Die Bundesregierung teilt jedoch die Auffassung des Bundesrates, dass derartige Erzeugnisse künftig noch besser gekennzeichnet werden sollten, um die Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher durch eine klare, gut sichtbare und verständliche Information sicherzustellen.

Im weiteren Verlauf des Rechtsetzungsverfahrens auf EU-Ebene zum Vorschlag der Europäischen Kommission betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel (sog. Lebensmittelinformationsverordnung) wird die Bundesregierung daher den Antrag des Europäischen Parlaments (Abänderung 293) in seiner Zielrichtung unterstützen. Auch die Europäische Kommission steht dem Abänderungsantrag des Parlaments positiv gegenüber. Bei den Beratungen der Mitgliedstaaten zur Festlegung des Standpunktes des Rates im Rahmen der am

7. Dezember 2010 erzielten politischen Einigung hatte die belgische EU-Ratspräsidentschaft den Antrag des Europäischen Parlaments indes nicht aufgegriffen.

Die Ausgestaltung der Kennzeichnung ist allerdings aus Sicht der Bundesregierung noch zu prüfen. Eine vom Europäischen Parlament geforderte und vom Bundesrat unterstützte Pflichtkennzeichnung auf der Schauseite der Verpackung muss in das gesamte Regelungskonzept des Verordnungsvorschlags passen und darf insbesondere nicht zu Wertungswidersprüchen führen. So haben wir uns im Rat darauf geeinigt, die genaue Platzierung (Vorder-/Rückseite) sämtlicher verpflichtender Angaben auf den Lebensmitteletiketten nicht vorzuschreiben. Dies gilt z.B. auch für die Allergenkennzeichnung, d.h. bei der Angabe gesundheitlich bedenklicher Inhaltsstoffe für bestimmte Personengruppen. Schließlich sind rechtssystematische Gesichtspunkte bei der Ausgestaltung der Kennzeichnung zu berücksichtigen. Es stellt sich die Frage, ob – dem Vorschlag des Europäischen Parlamentes folgend – eine Kennzeichnungspflicht in den allgemeinen Irreführungstatbestand aufgenommen oder in speziellere Vorschriften integriert werden sollte (z.B. Regelung im Anhang zur Verordnung). Dies wird im weiteren Verlauf der Beratungen des Verordnungsvorschlags zu erörtern sein.

Die vom Bundesrat geforderte Kennzeichnungspflicht für „Klebefleisch“ als lose Ware (in Gastronomie oder Handwerk) dürfte auf europäischer Ebene nicht durchsetzbar sein. Die Regelungen des Verordnungsvorschlags beziehen sich im Kern auf fertig abgepackte Lebensmittel, die im Binnenmarkt gehandelt werden. Für lose Ware soll daher lediglich die Allergenkennzeichnung in der EU-Verordnung verpflichtend vorgeschrieben werden.